

Eine Fülle ungelöster Fragen

Kronberg-Gymnasium Aschaffenburg formuliert Forderungen an Gymnasialreform

Aschaffenburg. Kein Protest gegen das achtjährige Gymnasium an sich, wohl aber Protest gegen die Art und Weise, wie es in Bayern eingeführt und umgesetzt werden soll: Das war der rote Faden, an den sich Lehrer-, Eltern- und Schülersprecher am gestrigen Montag bei einem einstündigen »Sitzstreik« im Aschaffener Kronberg-Gymnasium hielten.

Wie in der Ausgabe vom Samstag berichtet, hatten Ministerpräsident Stoiber und Kultusministerin Hohlmeier angekündigt, in Bayern die Gymnasialzeit ab kommendem Schuljahr 2004/05 von neun auf acht Jahre zu verkürzen. In die Reform einbezogen werden rückwirkend auch die Schüler der jetzigen Eingangsklassen (Jahrgangsstufe 5), die erst im September mit neuen Lehrplänen ausgestattet worden waren.



Mit Blick auf die Eile und auf die Fülle ungelöster Fragen oder unbekannter Lösungen hatte die Schülervvertretung des Kronberg-Gymnasiums den Sitzstreik organisiert. Die Aktion blieb nicht auf Protest beschränkt. Sie diente vor allem dem Gedankenaustausch und dem Formulieren von Forderungen, wie sich die Reform ohne Qualitätsverlust, aber auch ohne »unzumutbare Belastung« von Lehrern und Schülern gleichermaßen umsetzen lasse.

Die Zeit nutzen

Schulleiter Dr. Klaus Junk brachte es im Schlusswort auf den Punkt: »Niemand glaubt, dass die Reform gut geplant ist. Es ist unsere gemeinsame Aufgabe zu versuchen, in der kurzen Zeit, die uns bleibt, so viele Forderungen wie möglich in die Reform

einzubringen.«

Welche Forderungen das sind, hatte Junk einleitend deutlich gemacht.

Erstens: Vor allem in den Jahrgangsstufen 9 und 10 sei die Belastung der Schüler mit 37 Wochenstunden zu hoch. Sie müsse gesenkt werden.

»Kein Sparmodell«

Zweitens: Mittagsbetreuung und Nachmittagsunterricht setzten eine Umgestaltung der Schulgebäude voraus (Mensa, Aufenthalts- und Arbeitsräume). Dazu bedürfe es entsprechender Mittel, erinnerte er an das Versprechen der Kultusministerin, das achtjährige Gymnasium werde »kein Sparmodell«.

Drittens: Um die Belastung der Schüler zu senken und den Wahlunterricht zu erhalten, müssten sich die Lehrpläne auf das Wesentliche beschränken, also wirklich reformiert werden.

Viertens: Auch die Lehrer dürften nicht überfordert werden.

Personalratsvorsitzender Gerhard Ullrich vertiefte diesen Punkt. Bis zu vier zusätzliche Stunden pro Lehrer und Woche: Das könne nur durch Abstriche an der Zeit für Unterrichtsvorbereitungen und Korrekturen ausgeglichen werden. Leiden müssten darunter letztlich die Schüler, die zugleich den neuen Anforderungen nicht mehr gewachsen sein werden, sagte er voraus. Dabei habe Bayern bereits die geringste Abiturientenquote aller Bundesländer. Sein Fazit: Es sei völlig schleierhaft, wie die Reform die bayerische Gymnasialbildung im Europavergleich verbessern solle.

Monika Hohlmeier habe um eine »sachliche Diskussion« der Reformpläne gebeten, so Ullrich weiter. Es fehle aber die Grundlage für eine Diskussion, weil alles entschieden worden sei, ohne die Betroffenen zu beteiligen. Zwei Monate nach Einführung des neuen Lehrplans für das neunjährige Gymnasium werde dieses Konzept wieder »über den Haufen« geworfen. Die Bildungskommission sei über die Einführung des achtjährigen Gymnasiums nicht informiert worden, die Politik habe diesen Plan vor der Bayernwahl sogar bestritten. Ergebnisse aus den Schulversuchen für das achtjährige Gymnasium lägen noch nicht vor.

Wie sehen?s die Eltern? Die Beiratsvorsitzende Petra Harink zeigte, dass sich die Probleme überschneiden. Die Mehrbelastung der Lehrer schränke nicht nur deren Vorbereitungszeit ein, sondern auch die Angebote, die sie den Schülern neben dem Unterricht unterbreiten. Den Schülern selbst bleibe durch den Nachmittagsunterricht weniger Zeit, unterrichtsbegleitende oder außerschulische Angebote wahrzunehmen.

»Überhastet, konzeptlos«

Im Dunkeln liege auch der »organisatorische Hintergrund«, etwa die Mittagsbetreuung der Kinder. Der Eindruck der Eltern: Die Einführung komme überhastet, ein Konzept fehle.

Das deckte sich mit dem Eindruck der Schülervvertretung, geäußert von Frederike Faßnacht, Alexander Baubin und Nadine Hock: Die Refom komme so plötzlich, dass selbst die Kultusministerin kein Konzept habe, und sie sei über die Köpfe der

Betroffenen hinweg entschieden worden. Betroffen seien nicht nur die Schüler des achtjährigen Gymnasiums. Die Mehrbelastung der Lehrer und der Wegfall von Wahlunterricht würden auch die Schüler treffen, die noch das neunjährige Gymnasium durchlaufen.

Peter Freudenberger / Foto: Stefan Gregor

Bayern vor Baden

Grund für eilige Reform

Aschaffenburg. Der Protest gegen die Art und Weise der Einführung des achtjährigen Gymnasiums in Bayern ist nicht auf Aschaffenburg beschränkt. Die Schülerversammlung des Spessart-Gymnasiums Alzenau hat bereits in der vergangenen Woche einen Brief an Ministerpräsident Stoiber aufgesetzt.

Er ist inzwischen von fast 1000 Schülern, Lehrern und Eltern unterschrieben worden, wie Schulleiter Gebhard Hepp gestern mitteilte. Er und sein Aschaffener Kollege Dr. Klaus Junk (Kronberg-Gymnasium) warnten die Eltern zugleich vor der möglichen Forderung, die derzeitigen fünften Jahrgänge von der Reform auszunehmen.

Würden sie nicht in das neue G8 einbezogen, müssten sie isoliert als einziger Jahrgang mit eigenen (erst im September eingeführten) Lehrplänen zwischen dem alten neunjährigen und dem neuen achtjährigen Gymnasium bis zum Abitur unterrichtet werden (wir berichteten in der Ausgabe vom Samstag). Das werde auf jeden Fall Nachteile für die Schüler mit sich bringen.

Früher auf dem Markt

Weshalb will Bayern das achtjährige Gymnasium überhaupt rückwirkend einführen? Der CSU-Abgeordnete Berthold Rüdth (Landkreis Miltenberg), Mitglied im Bildungsausschuss des Landtags, erläuterte gestern die Hintergründe.

Wenn der Freistaat - wie in Baden-Württemberg geplant - mit G8 erst im kommenden Schuljahr beginne, kämen im Frühsommer 2012 in den beiden großen süddeutschen Bundesländern Bayern und Baden-Württemberg zeitgleich je zwei, zusammen also vier Abitur-Jahrgänge, auf den Hochschul- und Arbeitsmarkt: die heutigen fünften Klassen, die dann das neunjährige, und die kommenden fünften, die das achtjährige Gymnasium abschließen. Wenn der Freistaat nun bereits die Laufzeit der heutigen fünften Klassen verkürzt, ist er ein Jahr früher dran.

Rüdth räumte ein, dass es für Universitäten und Wirtschaft schwer genug werde, die beiden bayerischen Abitur-Jahrgänge im Frühjahr 2011 aufzufangen. Der Bildungsausschuss und die CSU-Landtagsfraktion suchten »mit Hochdruck nach Lösungen«. Die Herausforderung bleibe vorerst bestehen.

Nötig sei die Reform aber auch, um die Chancen der bayerischen Abiturienten im europäischen Wettbewerb zu erhöhen: Sie seien im Durchschnitt einfach zu alt. Dasselbe gelte für die Hochschulabsolventen, weshalb der Gymnasialreform eine Verkürzung der Studien- und Ausbildungszeiten in Bayern folgen müsse.

Hoffnung auf Kreuth

Wie das reformierte Gymnasium inhaltlich aussehen werde, wie Mittagsbetreuung und Nachmittagsunterricht gestaltet werden, und wer all das finanzieren solle: Das werde die CSU in ihrer Klausurtagung in Kreuth festklopfen, so Rüdth. Erste Weichen sollen die

Bildungspolitiker der CSU stellen, die eine Woche vor Kreuth im Kreis Miltenberg tagen.

Genau dieses Vorgehen kritisiert der Grünen-Landtagsabgeordnete Thomas Mütze (Aschaffenburg): Erst posaune Stoiber eine Reform heraus, dann beginne die CSU, darüber nachzudenken. Auch die Grünen hätten nichts gegen das achtjährige Gymnasium. Es müsse aber gut vorbereitet werden. pf